



DIE GRÜNEN

NOE.GRUENE.AT

WAHLPROGRAMM

LANDTAGSWAHL 2013

INHALT

VORWORT	03
UMWELT UND ENERGIE	04
KLIMASCHUTZ UND NATUR	08
BILDUNG	09
JUGEND	10
RAUMPLANUNG	11
VERKEHR	12
FRAUENPOLITIK	14
SOZIALES	16
INTEGRATION	18
KULTUR	19
WIRTSCHAFT	20
DIREKTE DEMOKRATIE	22



LIEBE NIEDERÖSTERREICHERINNEN UND NIEDERÖSTERREICHER!

Was bekommen Sie, wenn Sie „Grün“ wählen? Die folgenden Seiten bieten einige Antworten auf diese Frage.

Unser Wahlprogramm ist ein Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre – ob als Opposition oder Regierungspartner in Niederösterreich. Wir werden versuchen – wie immer – so viel wie möglich umzusetzen. Für Sie. Für Niederösterreich. Ich lade Sie ein mit dem vorliegenden Programm uns Grüne ein Stück in die Zukunft Niederösterreichs zu begleiten. In ein Niederösterreich, wie wir es uns wünschen. Für Sie, für uns, für unsere Kinder und Enkelkinder.

Eines vorweg: Niederösterreich fehlt es nicht an Natur, Tradition und angenehmem Lebensraum. Dem Land Niederösterreich mangelt es aber an einem Öffi-Netz, das uns allen hilft, Natur, saubere Luft und Lebensqualität zu erhalten. Wir haben kein Öffi-Ticket, das es uns erlaubt, stressfrei in die Arbeit, zum Studienort oder ans Ausflugsziel zu gelangen – für nur 1 € am Tag.

Die Lebensqualität vieler hängt oft von nur einem Mann ab. Ist das nicht schon eine Ein-

schränkung der Lebensqualität? Wir sind uns sicher, dass dem so ist. So haben derzeit wirtschaftliche Interessen von Einzelnen, die ihre guten Kontakte „zum Land“ nutzen, Vorrang. Die Erhaltung von Naturschutzgebieten hat leider immer noch Nachrang. Ein Umstand, der so nicht bleiben muss. Betriebsansiedelung und -erweiterung funktionieren ohne Parteibuch und in Einklang mit der Natur – davon sind wir überzeugt.

Die Wirtschaftlichkeit von Betrieben muss auch nicht vom positiven Förderbescheid des Landes abhängen. Durch den Einsatz von Erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Energieeffizienz wird die Wirtschaftlichkeit von Betrieben gesteigert – dass sich diese Investitionen lohnen, beweisen sehr viele heimische Unternehmen. Durch diese Investitionen in Erneuerbare Energien entstehen zusätzlich die so genannten „green jobs“.

Sie sehen: Uns Grünen mangelt es nicht an Ideen. Und: Wir Grüne haben auch das Know-How, um diese umzusetzen. Letztendlich entscheiden aber Sie, wem Sie das Vertrauen schenken.

Die vergangenen Jahre waren turbulent. Gerade das Jahr 2012 war geprägt von Korrup-

tionsvorwürfen. Ich kann sehr gut verstehen, wenn Sie die Schlagzeilen der letzten Monate frustrierten. Mich frustrieren sie auch. Daher garantiere und gebe ich Ihnen mit dem vorliegenden Wahlprogramm eines schriftlich: Wir Grüne sind nicht käuflich. Wir bleiben sauber! In Fragen der Umwelt- und Energiepolitik, in Fragen der Finanzpolitik, in Verkehrsfragen bis hin zum Bildungs- und Sozialbereich.

Wir haben bewiesen, dass wir die einzige Partei sind, die in keine Korruptionsvorwürfe verwickelt ist, unsaubere Geschäfte und unsaubere Politik gnadenlos aufdeckt. Kontrolle und transparentes Handeln sind unsere Steckenpferde – in allen Bereichen des politischen Lebens.

„So viel Pröll“ in Niederösterreich bedeutet Macht – und Macht braucht Kontrolle. Diese Kontrolle ist Grün. Mit Ehrlichkeit und Respekt wollen wir für Sie die nächsten Jahre in Niederösterreich weiterarbeiten. Nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern mit Bedacht auf Ihre Bedürfnisse.

Wir haben gute Ideen und den Weitblick. Überzeugen Sie sich selbst.

Wählen sie Grün!



UMWELT UND ENERGIE

RECHT AUF EIN ZUFRIEDENES LEBEN

Das Recht auf ein zufriedenes Leben hat jeder Mensch. Veränderungen in der Welt betreffen den Nachbarn nebenan und die Nachbarin in Südamerika. Die Welt ist ein Dorf geworden! Fragen der Klimaerwärmung und des Versiegens der Erdölquellen sind weltweite Probleme. Sie treffen uns auch hier in Niederösterreich! Diese Veränderungen machen vor niemandem Halt!

Wetterkapriolen, Muren, lokale Gewitter – die Natur verändert sich. Also müssen auch wir unser Verhalten ändern. Und sind wir ehrlich: Ein paar Meter zu Fuß gehen hält nicht nur das Klima, sondern vor allem uns selber fit. Tun statt reden!

Wir wollen alle ein zufriedenes Leben in Einklang mit der Natur – das schaffen wir nur gemeinsam. Sonntagsreden und das Schönreden von ohnehin nicht erreichten Klimazielen in Niederösterreich überlassen wir anderen – wir wollen Energie geben.

WIR WOLLEN GUTES ESSEN!

Unglaublich, aber wahr: Klima geht durch den Magen! Mehr Menschen haben zu essen, wenn die Pflanzen auf den Teller statt im Futtertrog oder als „Biodiesel“ in den Tank kommen. Energie-Effizienz nennt man das in anderen Bereichen. Der Kampf um guten Boden hat begonnen: Lebensmittel, Futtermittel oder Energiemittel? Wenn wir uns auch in Niederösterreich an diese Reihenfolge hielten, wären wir gut beraten. So lange auch gentechnisch veränderte Soja aus Südamerika für die Nutztiere importiert wird, ist der Luxus von Pflanzen als Treibstoff nicht nötig. Das Leben im Boden darf nicht von Pestiziden kaputt gemacht werden. Im Wasserland Österreich haben wir vor allem in Niederösterreich Gegenden mit starken Belastungen im Grundwasser. Daher muss der Verzicht auf Gifte als echter Bodenschutz honoriert werden – mehr Förderung für Bio!

Mit den Förderungen muss die Vermarktung von regionalen bzw. Bio-Produkten in den Regionen ausgebaut werden. Obst aus Südafrika ist noch immer einfacher in Niederösterreich zu kaufen als Birnen aus dem Mostviertel oder Marillen aus der Wachau. Daher: Niederösterreichische Marktstage, weil es uns schmeckt! Das faire Miteinander ist ein Wert. Nahrungsmittel, die von weit herkommen, wie Orangen oder Nüsse, schmecken mit Fairtrade-Siegel besser. Fairer Lohn für gute Produkte steht den BäuerInnen überall auf der Welt zu.

WIR WOLLEN FRISCHE LUFT UND REINES WASSER!

Feinstaub wirbelt jedes Jahr die Politik auf. Zum Großteil sind wir selber an der schlechten Luft schuld. Vor allem unsere Kinder „husten uns was“, weil niemand die Verkehrslawine stoppt. Und statt zu jammern und Probleme zu verfrachten, braucht es regionale Aktionspläne. Die Landesregierung ist aber säumig: Daher Schadstoffklassen-Pickerl für die Fahrzeuge!

Grundwasserreservoirs brauchen erhöhten Schutzstatus. Gewerbliche Betriebe gefährden immer wieder das Trinkwasser. Die Behörden müssen mehr Auflagen erteilen und diese auch kontrollieren – nicht erst, wenn alles zu spät ist.

Die Wasserbehörden sind in Niederösterreich beim Landwirtschaftsressort angesiedelt. Im Unterschied zu Oberösterreich, wo Grün regiert, sind in Niederösterreich mehr Pestizide in der Landwirtschaft erlaubt, und auch mit anderen Stoffen wie Nitrat nimmt man es hier zulande nicht so genau. Für die bessere Wasserqualität muss in allen Gesetzen nachjustiert werden.

Die Europäische Union hat in der Wasserrahmenrichtlinie skizziert, wie guter Zustand der Fließgewässer zu erreichen ist. In Niederösterreich brauchen wir mehr Geld, um unsere Flüsse in einen gesunden Zustand zu bringen, wie der Rechnungshof aufgezeigt hat.



BEWEGUNG MIT SICHERHEIT UND WENIGER LÄRM

Die für den Menschen natürlichste Form der Fortbewegung – das Gehen – wurde durch die Motorisierung immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Unser ganzes Lebensumfeld von der Planung des Eigenheims bis zur Gestaltung unserer Gemeinden steht unter der Dominanz des Autos. Jetzt heißt es: Vorrang für FußgeherInnen! Sicheres Bewegen, dazu noch barrierefrei, muss in den Gemeinden gefördert werden.

Für kürzere Strecken ist das Rad das schnellste Fortbewegungsmittel. In Niederösterreich muss zwischen zentralen Orten in den Regionen künftig Vorrang für Fahrräder gelten – von Fahrradstreifen bis zu eigenen Radwegen! Radwege sind nicht nur für die touristische Nutzung zu dotieren, sondern als Verkehrsstrecke im Alltag – Alltag ist Radtag!

Und es braucht endlich eine Gleichstellung in der Bauordnung! Es ist ja ein Witz, dass für Autos Abstellplätze vorgeschrieben werden, aber Fahrräder sollen aus dem Keller raufgeschleppt werden. Also: ebenerdige, überdachte Fahrradabstellplätze verpflichtend in allen Mehrparteianlagen!

Und weil mit Elektro-Rädern größere Distanzen umweltfreundlich zurückgelegt werden können, sollen sie auch wieder gefördert werden.

WIR WOLLEN GREEN JOBS!

Niederösterreich liegt seit dem Fall des Eisernen Vorhangs mit dem Wirtschaftswachstum stets über dem Österreichschnitt. Wenig verwunderlich. Jetzt ist es notwendig, Chancen zu nützen und vernünftig zu investieren. Leider wurde mit der Finanzkrise auch in Niederösterreich „alten“ Branchen gutes Steuergeld hinterhergeworfen. Wir wollen Jobs für die nächste Generation: Green Jobs! Um die 200.000 Menschen in Österreich haben bereits einen Job im Umfeld von Klimaschutz bis erneuerbare Energien. Es geht um einen Wettlauf der Technologie und der alternativen Energieformen. Niederösterreich kann mit Dir/Ihnen dabei sein!

Wirtschaft, Klimaschutz und erneuerbare Energiegewinnung sind eine Einheit. Es werden jene Regionen auf der Welt die Nase vorne haben, die sich am schnellsten vom Tropf des Öls oder Gases abhängen. Damit die Wertschöpfung im Land bleibt und die Menschen Arbeit haben, müssen Betriebe in diesem Bereich gefördert und ArbeitnehmerInnen durch Umschulungen auf die Veränderungen eingestellt werden. Nützen wir die Chance und schützen wir damit das Klima.

Und wollen wir den Energiefahrplan des Landes Niederösterreich einhalten, so müssen wir bis 2050 mit dem halben Energieverbrauch im privaten Bereich und mit einem Drittel weniger Energieverbrauch in der Produktion auskommen. Da braucht es viel Hirnschmalz bei diesem Abspeck-Programm!

Die Betriebe brauchen eigene Programme – ähnlich dem e5-Programm für Gemeinden. Fit sind jene Produktionsstätten, die die Energiekosten dämpfen können. Daher darf keine erzeugte Prozesswärme un verrichteter Dinge die Produktionseinheit verlassen – jede Energie muss genützt werden!





UMWELT

UND ENERGIE

FORCIEREN DER E-MOBILITÄT

Und wer gezwungen ist, zu pendeln oder weitere Strecken zu fahren, braucht in Niederösterreich mangels eines guten öffentlichen Verkehrsnetzes das Auto. Für Fahrten in der Region ist ein Elektro-Auto die Zukunft. Am Land mobil mit Elektro! Supra-Förderung sowohl für die Gemeinden, um Elektro-Ladestellen zu installieren, als auch für die Haushalte, um sich ein Elektro-Auto gleich in Kombination mit einer Photovoltaik-Anlage leisten zu können.

Das Elektro-Auto macht viel weniger Lärm! Eine Wohltat. Lärm macht krank. Das wissen viele Menschen, die neben Autobahnen oder Schnellstraßen wohnen. Wo und wer Lärmschutzwände erhält, ist in Niederösterreich undurchsichtig. Lärmschutz darf keine Parteibuchsache mehr sein!

Den gesamten Flugverkehr hat die Ostregion zu „schlucken“. Am Nachtflugverbot darf nicht gerüttelt werden! Und die dritte Piste braucht auch niemand.

Wir halten fest, dass mit der Trennung aller Lebensbereiche in den letzten Jahrzehnten jetzt von einem Recht auf Bewegung bzw. Mobilität gesprochen werden muss. Daher haben je nach Größe der Gemeinde gestaffelt, die BürgerInnen ein Anrecht auf öffentliche Verkehrsmittel!

SAUBERE ENERGIE

Leider gibt es kein Perpetuum mobile. Energie muss da sein, dann kann sie umgeformt werden. Seit rund 100 Jahren pumpen wir Gas und Öl aus der Erde, in einer Verzweiflungskampagne neuerdings auch weniger energiedichtes Schiefergas. Wir haben „Energie rausgeblasen“, was das Zeug hält. Jetzt reicht es der Erde. Sie droht zu erwärmen, es wird sich die Vegetation ändern, die Meere steigen. Und wir spüren die Vorhersagen bereits am eigenen Leib: Die Hitzetage bei uns werden jedes Jahr mehr. Die Landwirtschaft steht mit der Erwärmung vor einer großen Veränderung: Laut Studie wird das Weinviertel zur Rotwein-Region. Das ist doch ein Grund, die Lage ernst zu nehmen, wenn uns der Grüne Veltliner DAC abhandenkommt!

Wir lernen gerade, wie die Energie von Wind und Sonne optimal genützt werden kann. Windräder werden ständig optimiert. Die Technologie zur Nutzung von Sonnenenergie wird auch immer perfekter und vielseitiger. Wasserkraft und Naturschutz müssen in Einklang stehen.

Es gibt keine Alternative zu den erneuerbaren Energien. Der Mix aus all den Energieformen bringt Energiesicherheit.

Vielen reicht es bereits heute. Wer ein Eigenheim besitzt, kann sich seine Unabhängigkeit selber gestalten – trotz Wegfall der Direktförderung für erneuerbare Energieanlagen in Niederösterreich. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Direktförderungen von erneuerbarer Energie im Eigenheim ein!

Unübersehbar sind alle negativen Erscheinungen der Energiegewinnung jetzt in unser Wahrnehmungsfeld getreten. Lecke Ölpipelines und verseuchte Gewässer hat es früher für uns nicht gegeben. Jetzt machen wir Energie vor der Haustüre oder auf dem Dach. All das birgt Konfliktpotenzial!

WIR WOLLEN EINEN SAUBEREN ENERGIEMIX – OHNE ATOMSTROM!

Daher sollen Windkraftparks auch in Flächenwidmungsplänen verankert werden. Niederösterreich ist das größte Wind-Land Österreichs. Sogenannte Vorhalteflächen in der Raumordnung bringen Sicherheit für die Menschen und die Betreiber-Gesellschaften. Es ist nicht zu verstehen, warum das öffentliche Interesse für eine Gas-Südschiene über den Semmering gegeben ist und für Windkraftanlagen nicht.



In Niederösterreich müssen auch sich mitbewegende Sonnenkollektoren von Einfamilienhausdächern abgebaut werden. Das Augenmaß bei Ortsbildverträglichkeit und beim Denkmalschutz ist verloren gegangen – zu Ungunsten der erneuerbaren Energieformen. Und das alles, obwohl auf die Fläche Niederösterreichs im Jahr rund 20-mal mehr Sonnenenergie einstrahlt, als wir verbrauchen.

Betreffend Wasserkraft sind eine Förderung und Ausnahmeregelungen für Kleinwasserkraftanlagen realisiert worden. Somit muss die Modernisierung von Anlagen Vorrang haben. Erst in zweiter Linie soll an Neubauten gedacht werden. Eines ist fix: Natura-2000-Gebiete sind für Wasserkraft tabu!

Kein Bundesland hat so gute Voraussetzungen, den Energiemix umzusetzen. Niederösterreich kann Energieland werden und sich selbst mit sauberer Energie versorgen. Das bringt Sicherheit! Daher sollen alle 573 Gemeinden das Ziel der energieautonomen Gemeinde verfolgen – alle NÖ Gemeinden sollten beim Energiesparprogramm e5 mitmachen und so viel erneuerbare Energie wie möglich selbst produzieren. Klimaschutz und Energiepolitik sind eine Aufgabe, die beim Finanzausgleich berücksichtigt werden muss, damit Gemeinden mehr Handlungsspielraum haben.

Die Gemeinden haben enormes Energie-Potenzial. BürgerInnen wollen gemeinsam Energieanlagen errichten und sollen damit auch eine Rendite erzielen dürfen. BürgerInnen-Beteiligungsprojekte sind der Turbo in den Gemeinden. Wertschöpfung und Energiegewinnung im Ort! Dass die Gemeinde solche Einlagengeschäfte wie vor Jahrhunderten quasi als Bank für ihre BürgerInnen abwickeln darf, muss erlaubt werden. Die Finanzmarktaufsicht soll sich um Wichtigeres kümmern.

„ENERGIEARMUT“ IST SCHON REALITÄT!

Der Landesenergieversorger EVN ist als Aktiengesellschaft leider den AktionärInnen und längst nicht mehr den BürgerInnen verpflichtet. Dass die Energiewirtschaft seit jeher von zentraler Bedeutung ist, wird im Staatsgesetz festgehalten. Deshalb müssen mindestens 51 % der Energieversorger in der öffentlichen Hand sein. Wir stehen für eine Weiterentwicklung und wollen das Land nicht AktionärInnen überlassen. „Unsere Energie für unser Land“ bedeutet, dass Investitionen in Niederösterreich wichtiger als in Südosteuropa sind. Profit ist nicht das Maxim, sondern Energiesicherheit im Land für die Menschen und den Wirtschaftsstandort. Und da hat die EVN noch viel zu tun. Die Grundlast wird mit fossilen Brennstoffen

aufbereitet. Da in Niederösterreich bis 2020 50 % der Energie aus erneuerbaren Energiequellen (EU 20 %, AUT 34 %) gewinnen möchte, ist viel zu tun.

Darüber hinaus ist der Begriff „Energiearmut“ bei vielen Menschen Realität geworden. Ein sozialer Energietarif muss her. Wer einen regional üblichen Energieverbrauch hat und sich somit sozial verträglich verhält, soll einen anderen Tarif erhalten. Beheizte Pools, unzählige Klimaanlageanlagen und Geräte mit hohem Stromverbrauch sollen anders bemessen werden. Der Landesenergieversorger muss seinen Servicecharakter für Gemeinden und BürgerInnen stärken: Service bei Photovoltaikanlagen ist Pflicht.

Und weil wir in Österreich keinen Atomstrom produzieren, verlangen wir von der EVN auch, nicht damit zu handeln! Nur wer eine saubere Energieweste hat, wird sowohl in Österreich als auch bei unseren Nachbarn ernst genommen. Wir bleiben dabei: Kein Atomstrom und Atom Müll an unseren Grenzen und kein Atomstrom in unseren Leitungen!



KLIMASCHUTZ UND NATUR

WIR WOLLEN GUTES RAUMKLIMA

Die Wohnbauförderung setzt seit jeher in Österreich das Recht auf Wohnen um. Der soziale Wohnbau hat – mit all seinen Schwierigkeiten und seinem Proporz-Dasein Tradition. Im Laufe der Zeit wurden immer mehr Anforderungen an diese Förderung gestellt – wie eben das energiesparende Bauen. Die Bundesländer gehen mit diesen Anforderungen unterschiedlich um. In Niederösterreich braucht es mehr Mut – daher ist der jeweilige Standard im Bereich Niedrigenergie Pflicht und nicht extra mit Förderungen zu belohnen. Das heißt, dass die Bauordnung und Bautechnikverordnung mehr betreffend Energiesparen vorschreibt und die Wohnbauförderung wieder mehr als soziale Förderung greifen soll. Somit ist gewährleistet, dass sich niemand einen energiefressenden Palast bauen darf, nur weil das nötige Kleingeld vorhanden ist.

Für das Umrüsten auf erneuerbare Energien im Althausbestand muss der Direktzuschuss wiedereingeführt werden. Generell sollte bei der Förderung das Augenmerk auf Sanierung gelegt werden. Somit kann der Bodenverbrauch hintangehalten werden. Das Kyoto-Abkommen ist 2012 ausgelaufen und Niederösterreich hat wie ganz Österreich das Ziel der CO₂-Reduktion um 13 % auf Basis 1990 nicht erreicht. Die Maßnahmen im Wohnbau haben noch am ehesten einen positiven Einfluss aufs Klima. Aber es gibt noch viel mehr Spielraum im Wohnbau als Beitrag zum Klimaschutz.

Viel zu tun gibt es bei den gewerblich genutzten Flächen: „Verhüttelungen“ in Wirtschaftsparks mit hohen Kühlkosten im Sommer und Heizkosten im Winter müssen gestoppt werden! Nicht nur fürs Klima, sondern auch für die MitarbeiterInnen ist die Bauweise in Niedrigenergiestandard notwendig.

NATUR GENIESSEN

Es ist nachgewiesen, dass vor allem der Wald das beste Erholungsgebiet für Menschen in der schnelllebigen Zeit ist. Die Natur ist ein Schatz, den es zu bewahren gilt. Niederösterreich gibt im Vergleich zu anderen Bundesländern traditionell wenig für Naturschutz aus, obwohl wir reich an Natura-2000-Gebieten sind, zwei Nationalparks (Donau-Auen und Thaya-tal) beheimaten und viele Schutzgüter haben, ja sogar einen Biosphärenpark Wienerwald.

In Natura-2000-Gebieten entstehen sowohl gewerbliche Flächen als auch Wasserkraftanlagen und Materialgewinnungsstätten (z. B. Schotterabbau) und im Biosphärenpark Wienerwald darf mit Alt-Asphalt jeder Forstweg zugeschüttet werden. Sogar die gut geschützten Nationalparks sind in Niederösterreich von Projekten wie dem flussbaulichen Gesamtprojekt östlich von Wien bedroht! Gerade ein an

Naturschätzen reiches Land braucht ernsthaften Naturschutz und eine unabhängige Umweltschutzbehörde, die genügend Ressourcen zur Verfügung hat. Kurzum: Für die gute Maßnahme „Natur im Garten“ wird mehr Steuergeld verwendet als für den eigentlichen Naturschutz. Um die Natur draußen zu genießen, bedarf es mehr Mittel in Zukunft.

Um im städtischen Bereich mit Natur in Berührung zu kommen, was gerade für Kinder wichtig ist, sollte für Freihalteflächen, Vorsorge getroffen werden; diese könnten als Gemeinschaftsgärten genutzt werden. Dringend notwendig ist eine gut abgestimmte Raumordnung. In Niederösterreich wird Boden versiegelt, als gäbe es kein Morgen. Dabei ist der Boden einer unserer wichtigsten CO₂-Speicher. Zudem ist er zentral für die Grundwasserneubildung und bei extremen Niederschlägen unser bester Hochwasserschutz. Es reicht! Regionale Raumordnungskonzepte müssen endlich auch eingehalten und ständig weiterentwickelt werden. Das Zusammenspiel von Land und Gemeinde ist mehr als reformbedürftig. Widmungen müssen hinsichtlich der Anbindung an den öffentlichen Verkehr geprüft werden. Niederösterreich muss auch weiterhin Druck hinter eine Plastik-Abgabe und eine Reform der Verpackungsverordnung machen. Kunststoff basiert auf Erdöl und mit diesem enden wollenden Rohstoff sollten wir sparsam umgehen – nachwachsende Rohstoffe statt Plastik fürs Sackerl.



BILDUNG

WIR WOLLEN EINE ZEITGEMÄSSE FRÜHFÖRDERUNG

Gezielte Frühförderung in der Bildungseinrichtung Kindergarten ermöglicht unseren Kindern einen guten Start. Bereits im Kindergarten sollen Schwächen frühzeitig erkannt und Stärken gefördert werden. Die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen soll diesen Anforderungen angepasst werden und auf Hochschulniveau erfolgen. Wir müssen schon heute den Weg für die Generationen von morgen ebnen!

Wir wollen für unsere Kleinsten das Unmögliche ermöglichen: kostenfreier Ganztages-Kindergarten. Erst damit haben Eltern für ihre Kinder eine echte Wahlfreiheit. Mehr Angebote für Kinderkrippen sind Teil einer zeitgemäßen Frühförderung. Denn insbesondere für Einzelkinder sind wenige Stunden pro Woche ausreichend, um in der Gruppe soziales Lernen wie einst in der Großfamilie zu lernen. Kein Kind darf übersehen werden, daher ist die Zusammenarbeit vieler Fachleute wichtig. Der Kindergarten ist als eine zentrale Bildungseinrichtung endlich anzuerkennen. Und die Frühförderung macht sich für jedes Kind beim Übertritt vom Kindergarten zur Schule bezahlt. Für die Grünen haben auch „Alternativkindergärten“ ihren Platz in der Bildungs-Landschaft und sind dementsprechend zu fördern.

EINE GEMEINSAME SCHULE FÜR UNSERE KINDER

Die Grünen treten für eine flächendeckende gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen ein. Ganztägige Schulformen mit verschränktem Ablauf statt Unterricht nach dem Glockenschlag sind europäischer Standard und müssen endlich auch in Österreich Realität werden. Und so lange das noch nicht Schule gemacht hat, braucht es für die Nachmittagsbetreuung kompetente PädagogInnen. Und in den Kernzeiten mehr qualifizierte FörderlehrerInnen, damit Lernschwächen beseitigt und Hochbegabungen gefördert werden. Einkommen, Bildung und Wohnort der Eltern dürfen nicht mehr über die Bildungschancen der Kinder entscheiden. Jedes Kind hat das Anrecht auf faire Chancen, denn niemand hat sich die Eltern ausgesucht!

Die Ausbildung aller LehrerInnen muss auf Hochschulniveau zusammengeführt werden. Das Aneignen von Fachwissen ist das Pflichtprogramm, aber mehr Augenmerk muss dieser Tage auf die Kür gelegt werden: pädagogische und didaktische Fähigkeiten. Nicht jede oder jeder hat das Zeug zur Lehrerin oder Lehrer! Und für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ist uns ein höherer Anteil an Pädagogen, also Männern, in Kindergarten und Volksschule wichtig. Damit verbunden ist eine geschlechtersensible Pädagogik. Denn das Aufbrechen alter Rollenbilder im Bildungssystem ermöglicht ein Umdenken beim veralteten, patrimonialen Denkverhalten.

WIR WOLLEN EINEN FREIEN HOCHSCHULZUGANG

Studiengebühren ändern an den finanziellen Misereen der Universitäten kaum etwas. Wir fordern einen freien Universitätszugang und die Abschaffung der Studiengebühren. Bildung ist ein demokratisches Recht. Was in der Verfassung steht, muss auch in der Praxis gelebt werden! Die schleichende Privatisierung im Hochschulbereich verfolgen wir skeptisch. Die öffentlichen Hochschulen brauchen mehr Budgetmittel, weil jeder ausgegebene Cent in die Zukunft der Gesellschaft investiert ist.





JUGEND

EINE JUGEND, DIE IHREN LEBENSRAUM SELBER GESTALTET

Jugendliche ernst nehmen und sie in politische Entscheidungen einbinden: das ist Grüne Jugendpolitik!

Für die individuelle Entfaltung von jungen Menschen braucht es notwendige Rahmenbedingungen. Jugendliche können selbst bestimmen, in welcher Form sie in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse eingebunden werden. So bedarf es in jedem Bezirk einer Sozialraumanalyse, um die Bedürfnisse und Interessen von Jugendlichen zu erfassen. Jugendliche kommen in der Gemeindepolitik zu kurz. Landesförderungen für Jugendarbeit müssen auf die regionalen Bedürfnisse abgestimmt sein. In den Städten und Regionen mangelt es an Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang und an Jugendzentren. Wir fordern eine Jugendpolitik, die den Bedürfnissen und dem Alltag junger Menschen entspricht.

FREIRAUM FÜR JUNGE MENSCHEN SCHAFFEN

Jugendliche haben wenig Platz im öffentlichen Raum: auf Parkbänken stören sie, vielerorts sind sie nicht willkommen. Wir wollen das ändern! Durch Intoleranz, aber auch durch die Verbauung und Zersiedelung verlieren Jugendliche zunehmend ungestaltete Freiräume. Eine flächendeckende Versorgung mit nicht kommerziellen Jugendzentren und Möglichkeiten für Jugend-Infostellen und Streetworker sind längst überfällig. Aber auch die individuelle Mobilität ist gerade in Niederösterreich ein wichtiger Aspekt für alle Jugendlichen. Das Jugendticket macht mobil. Jetzt müssen die Grünen für mehr Züge und Busse mobil machen!

Leistungsdruck, familiär-soziale Probleme, Isolation, zunehmende Gewaltbereitschaft und nicht zuletzt das Suchterkrankungsrisiko sind einige Faktoren, die Jugendliche in Krisensituationen führen. Wir Grüne sind die einzigen, die den jungen Menschen im Auge haben und gemeinsam mit ihm und ExpertInnen die beste Lösung suchen wollen.

Eine flächendeckende Familienintensivbetreuung, der Ausbau von familiären Krisenpflegeplätzen sowie eine Aufstockung des Personals und der finanziellen Mittel in der Jugendwohlfahrt stellen die Grundvoraussetzung für gelungene und qualitative Jugend- und Familienarbeit dar.

THERAPIEMÖGLICHKEITEN STATT ZUKUNFTSRAUB

Therapie statt Strafe und keine Stigmatisierung! Wir wollen Präventionsmaßnahmen und die Entkriminalisierung der SuchtmittelkonsumentInnen. Unumgänglich ist der Ausbau der Drogenberatungseinrichtungen und Anlaufstellen für Angehörige von Suchtkranken. Sucht ist nicht nur eine Angelegenheit von Jugendlichen, wie die hohe Anzahl an erwachsenen Alkoholkranken in Österreich zeigt.

Egal ob es sich um erlaubte oder verbotene Suchtmittel und Drogen handelt oder um stoffungebundene Suchtarten, wie Spielen: Sucht ist eine Erkrankung und braucht Therapie statt Zukunftsraub durch Strafe.

RAUMPLANUNG

MOBIL AUCH OHNE AUTO

Raumplanung und Straßenbau sind eine unheilbringende Allianz. Moderne Raumplanung denkt in Rad-Schnellwegen, Radwegen und Schienenverbindungen. Nach dieser Ordnung im Raum sehnt sich das von transeuropäischen Routen durchschnitten Land – und vor allem die Menschen. Nur wenn das Mobilitätsproblem in Niederösterreich gelöst wird, kann es in den Ortschaften zu Verkehrs- und Lärmberuhigung kommen. Geschwindigkeitsbeschränkungen sind nur in Kombination mit Rückbauten sinnvoll. Ortseinfahrten und Ortskerne müssen durch bauliche Maßnahmen als solche erkennbar sein. Damit einher geht auch die Wiederbelebung der Ortschaften durch gezielte Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe.

NATUR BRAUCHT SCHUTZ UND RUHE

Der Schutz von Natur hat keinen hohen Stellenwert. Dort, wo die Landesbehörden auf die Gemeinden einwirken sollen, versagen sie leider zu oft. Und dort, wo das Land selber verordnen muss, steht es selten auf der Seite der Natur. Um die Natur in den Mittelpunkt zu stellen, braucht es mehr verbindliche Gutachten von FachexpertInnen.

BODEN ERHALTEN

Leider wird in Niederösterreich bei Flächenwidmungen keine Aufmerksamkeit auf die Beschaffenheit des Bodens gelenkt. Bei uns wird der Boden nicht nach Fruchtbarkeit gewidmet, sprich: fruchtbare Böden für Ackerbau, Gärtnerei, Weingärten etc. Daher geht fruchtbarer Boden für Industrie und Gewerbe verloren. Hier sind wir für klare Regeln – zu Gunsten des Bodens.

Um den Wildwuchs beim Widmen von Bauland Einhalt zu gebieten, braucht es eine regionale Raumordnung, die auch sanktioniert wird. Die Dynamisierung im Wiener Umland braucht gemeinsame Planung statt Schrebergarten-Mentalität auf Kosten der nächsten Generation.

WIR WOLLEN DIE NAHVERSORGUNG IM ORT

Der Ort kann sich entwickeln, wenn ihm die Lebensenergie nicht durch Megabauten, Gewerbegebiete und Einkaufszentren abgesaugt wird. Kein Land hat so viel Einkaufszentren wie Niederösterreich und Krebsgeschwüre von Fachmarktzentren an fast allen zentralen Orten. Es ist daher notwendig, die Nahversorgung innerorts zu stärken und zusätzlich für eine gute öffentliche Erreichbarkeit zu sorgen. Wir wollen daher eine verpflichtende Anbindung an den Öffentlichen Verkehr bzw. eine Raumverbrauchsabgabe.

HOCHWASSERSCHUTZ

Retentionsräume ausreichend freilassen oder neu schaffen. Wenn eine Gemeinde dies nicht tut, leiden Gemeinden flussabwärts darunter. Rote Zonen kenntlich machen und einhalten. Keine Baulandwidmung in Gefährdungsgebieten.



VERKEHR

WIR WOLLEN EINEN ANDEREN WEG GEHEN, EINEN WEG IN DIE ZUKUNFT

Niederösterreich ist ein schönes und weitläufiges Land. Um die Schönheit dieses Landes erkunden und erleben zu können, benötigen wir sehr gute öffentliche Verkehrsanbindungen. Jedoch verfolgt die niederösterreichische Verkehrspolitik das Ziel, mehr in die Autobahnen und Schnellstraßen zu investieren, als in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs! Es muss ein Mobilitätssystem für alle NiederösterreicherInnen geschaffen werden!

Wir freuen uns, dass es große Investitionen wie zum Beispiel Bahnhofsumbauten oder die Attraktivierung der Westbahn gibt. Aber diese Großinvestitionen verfehlen ihr Ziel, wenn die ÖVP in Niederösterreich das Bahnnetz aushungert und eine Nebenbahn nach der anderen stilllegt.

365 € JAHRESTICKET. FÜR GANZ NIEDERÖSTERREICH

Wir alle wollen nur eines: Möglichst sicher, preisgünstig und umweltschonend von A nach B kommen. Unsere Mobilität ist uns wichtig. Was aber, wenn der tägliche Weg in die Arbeit zu einem Hürdenlauf wird? Staus auf der Autobahn, lästige Parkplatzsuche, Zugverspätungen, verwirrende Tarifstrukturen, teurer Sprit und überfüllte Busse.

Wir Grüne sind uns sicher: PendlerInnen müssen entlastet werden – rasch und effektiv. Ein Tag ohne Auto ist für viele Menschen in Niederösterreich derzeit leider reine Illusion. Es geht auch nicht darum, das Auto völlig zu verbannen. Aber: Es muss Alternativen zum Auto geben. Die Grünen fordern daher das 365-Euro-Ticket für ein ganzes Jahr Öffi-Fahren in Niederösterreich für Sie!

ES GEHT DARUM, DAS FLÄCHENNETZ SYSTEMISCH ZU VERBESSERN!

Natürlich ist uns klar, dass nicht jedes Waldviertler Dorf mit dem Zug erreichbar sein wird, aber so wie es heute ist, so kann es nicht bleiben! Niederösterreich ist am besten Weg, den Zug in eine Zeit ohne Öl und Gas zu verpassen! Die Grünen wollen leistbare Mobilität für alle und bauen das Öffentliche Verkehrsnetz aus!

DER ÖFFENTLICHE VERKEHR FÖRdert DIE SOZIALE TEILHABE

Die Bahn ist familien- und behindertenfreundlicher als alle anderen Verkehrsmittel. Man kann die Zeit im Zug effizienter und wertvoller nützen. Die Vorteile der Bahn bleiben jedoch oft ungenutzt.

So können durch die Bahn mehr soziale Schichten profitieren. Die soziale Teilhabe steigt mit der Anzahl der Benutzer und während in den Autos meist nur eine Person unterwegs ist, teilen dutzende Menschen einen Bahnwaggon. Gerade für SeniorInnen, Jugendliche, Familie und Frauen ist die Bahn ein passendes Transportmittel.



WIR WOLLEN DIE BAHN IN DEN REGIONEN

Wenn es kein Bahnangebot gibt, dann führt das zur Verelendung der Regionen! Es ist betriebswirtschaftlich ineffizient, wenn nicht in regionale Anbindungen investiert wird! Eine verstärkte Frequenz wäre viel wirtschaftlicher, weil dadurch die möglichen Kapazitäten voll ausgeschöpft werden, anstatt die Züge nur für ein paar Fahrten am Tag zu nützen. Es wird statistisch am wenigsten in den öffentlichen Verkehr in den peripheren Regionen investiert. In den letzten 15 Jahren wurden enorme Mittel für den Individualverkehr aufgebracht, der öffentliche Verkehr stagniert jedoch.

Wir wollen in Infrastruktur für FußgeherInnen, Radwege und in den öffentlichen Verkehr investieren, weil mittel- oder langfristig eine Investition in den Individualverkehr keine Nachhaltigkeit bringt. Wir wollen das Fahrrad nicht gegen die Schiene austauschen, sondern miteinander zu mehr Effizienz und Qualität führen.

Es gibt vor allem in der Grenzregion zu Tschechien und der Slowakei viele Möglichkeiten die Bahninfrastruktur zu verbessern. Dazu braucht es aber Konzepte und einen politischen Willen. Öffentlicher Verkehr ist eine Willensaufgabe. Die Politik kann und darf das Potenzial des öffentlichen Verkehrs nicht ignorieren!





FRAUENPOLITIK

WIR WOLLEN SELBSTBESTIMMUNG UND UNABHÄNGIGKEIT

Frauen sollen in politischen Gremien, in Leitungsfunktionen und in den Aufsichtsräten präsent sein. Frauen haben ein Recht auf ihren Platz!

Es braucht eine verbindliche Frauenquote von 50 % in den Aufsichtsräten der Töchtergesellschaften von Land und Gemeinden. Frauenleistung soll sichtbar und öffentlich zugänglich gemacht werden durch eine Expertinnendatenbank und Wissensmanagement für alle Frauen in Niederösterreich. Maßnahmen zur Förderung der politischen Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen und die Bindung der Parteien- und Klubförderungen an paritätisch besetzte Gremien müssen endlich Realität werden.

Die Frauen in Niederösterreich haben sich die halbe Mitsprache verdient – und das macht sich für die Gesellschaft verdient!

FRAU IST FRAU IST FRAU IN NIEDERÖSTERREICH

Herkunft, Kultur und Muttersprache sind für viele Frauen große Barrieren. Talente und Fähigkeiten von Migrantinnen gehen der Gemeinschaft und der Wirtschaft oft verloren. Unterstützungsangebote und der Ausbau von muttersprachlichen Beratungsstellen im Bereich Gesundheit, Bildung, Soziales und Arbeit sollen in Kooperation mit caritativen Trägerorganisationen umgesetzt werden, um die Lebenssituation von Migrantinnen in Niederösterreich zu verbessern.

WIR WOLLEN GERECHTIGKEIT IN DER BUDGETVERTEILUNG

Frauen und Männer, Mädchen und Burschen sind gerecht zu fördern. Ein Werkzeug für den richtigen Blick auf die Verteilung in den öffentlichen Haushalten ist Gender-Budgeting. Zur Verdeutlichung:

Mobilität ist hier ein zentraler Faktor. Die Wege im Alltag sind bei Frauen und Männer unterschiedlich. Noch immer fahren eher Männer in der Früh zur Arbeit und am Abend wieder nach Hause. Frauen hingegen bewegen sich verzweigter, weil mehrere Wege zu erledigen sind: der Arbeitsplatz, der Kindergarten oder die Schule, der Supermarkt, die Freizeiteinrichtung für die Kinder. Daher sind Ausgaben für den Bereich Öffentlicher Verkehr eher für die Lebensqualität der Frauen ausschlaggebend und Straßenbau für die Männer. Da mehr für Straßenbau ausgegeben wird, wird mit Gender-Budgeting die Schiefelage der Geschlechter erkennbar und soll zur Erkenntnis führen! Das Ziel ist es, jegliche Subventionen für Männer und Frauen gleichberechtigt nach bestimmten Kriterien zu gestalten.



EINKOMMENSCHERE SCHLIESSEN

Die Einkommensschere ist zu schließen. Das ist mit existenzsicherndem Einkommen und Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Es braucht konsequente Frauenförderprogramme im öffentlichen Dienst und die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen in Bildung, Forschung, Betreuung, Gesundheit und Pflege, weil der österreichische Sozialstaat ohne Frauen nicht existieren würde. Qualifizierte Teilzeit-Arbeitsplätze und die Möglichkeit von flexiblen Arbeitszeitmodellen sollen umgesetzt werden. AMS-Schulungsmaßnahmen müssen gezielt Frauen in ganz Niederösterreich unterstützen, um in anerkannten Berufsfeldern Platz zu finden. Die Offenlegung aller Gehälter, eine echte Einkommenstransparenz, unterstützt Frauen im notwendigen Kampf für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit!

MÄDCHEN IN TECHNIK UND HANDWERK

Geschlechtssensible Pädagogik und gendersensible Berufsorientierung beginnen im Kindergarten und werden bis in die Fachhochschulen weitergeführt. Damit sollen für Burschen und Mädchen gleichberechtigte Karrieren in Technik und Handwerk und in der Betreuung möglich sein. Die Hälfte aller weiblichen Lehrlinge wählt aus nur drei Lehrberufen, obwohl in den Berufen Verkäuferin und Friseurin schon im 1. Lehrjahr ein Einkommensunterschied zu den burschendominierten Lehrberufen existiert. Dafür braucht es Unterricht, Sensibilisierung, Training und einen eigenen niederösterreichischen Lehrlingsfonds zur Förderung von Mädchen in nicht traditionellen Berufen.

ZUM NACHDENKEN: FRAUEN SIND WENIGER KORRUPT!

Einer Studie der Weltbank aus dem Jahr 1999 zufolge gibt es einen eindeutigen positiven Zusammenhang zwischen einem hohen Frauenanteil im Parlament und sinkender Korruption. In den sechs Ländern mit der geringsten Korruption (Transparency International: Neuseeland, Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen, Niederlande) liegt der Frauenanteil unter den Abgeordneten im Parlament bei über einem Drittel (zwischen 33,6 und 45 %). In den 12 Ländern mit der höchsten Korruption geht nicht einmal ein Viertel der Abgeordnetensitze an Frauen.

Der Nö. Landtag besetzt 56 Mandate, 10 Abgeordnete sind weiblich, also gibt es in Niederösterreich eine Frauenquote von 17,85 %, weit weniger als ein Drittel!

HINTERGRUND NIEDERÖSTERREICHISCHER LANDTAG:

Die ÖVP hat insgesamt 31 Abgeordnete, davon 4 Frauen, das sind 12,90 %, die SPÖ hat 15 Abgeordnete, davon 3 Frauen, dies bedeutet 20 %, die FPÖ stellt 6 Abgeordnete, dabei fällt kein einziges Mandat auf eine Frau, die Grünen haben einen Frauenanteil von 75 %.

ARMUT

Die von der Bundesregierung beschlossene Mindestsicherung, deren Anspruchsberechtigung in Niederösterreich durch zusätzliche, unnötige Maßnahmen verschärft ist, ist kein geeignetes Instrument im Kampf gegen die fortschreitende Armutsgefährdung. Die Streichung von Förderungen (wie dem Heizkostenzuschuss) trifft insbesondere die BezieherInnen dieser „Absicherung“.

Der Vision eines sozialen Grundeinkommens, wie es unter anderem von der Caritas und anderen Sozialeinrichtungen andiskutiert wird, stehen wir offen gegenüber. Der Diskurs darüber sollte innerhalb der Gesellschaft breit diskutiert werden. Bei der Grünen Grundsicherung stehen die menschlichen Bedürfnisse im Vordergrund. Das Leben in einer sozial prekären Lage kann zur Armut führen und daher ist die Absicherung als ein sozialpolitischer Schutzmechanismus zu betrachten.

Soma-Märkte sind in Niederösterreich leider traurige Realität geworden. Wir fordern einen niederschweligen und nicht stigmatisierenden Zugang. Wir wollen einen konstruktiven Sozialplan, damit es zu keiner Ghettobildung für sozial Schwache kommt. Hier sprechen wir uns dezidiert gegen Substandard-Wohnungen aus! Das darf im 21. Jahrhundert nicht vorkommen.

WORKING POOR? NICHT MIT UNS!

Armut ist auch in Niederösterreich weiblich. Das Armutsrisiko gerade von Frauen in der Alterspension ist sehr hoch. Rund 2/3 der BezieherInnen der Ausgleichszulage sind weiblich. Dazu kommt, dass 80 % der Betreuungsleistungen von Angehörigen überwiegend von Frauen, von Ehefrauen und Töchtern, geleistet werden. Die Erwerbsbiografie und somit die Existenzgrundlage ist von Frauen oft nur schwer und dann in prekären Arbeitsverhältnissen zu erbringen.

GEWALT AN FRAUEN UND KINDERN IST MIT NICHTS ZU RECHTFERTIGEN!

Wir fordern finanzielle und personelle Absicherung der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser in ganz Niederösterreich, um Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen. Daher: ein Frauenhaus in jeder Bezirkshauptstadt.

Frauenhandel muss von den politisch Verantwortlichen ohne Wenn und Aber bekämpft werden. Dieser gilt gemeinsam mit dem Drogen- und Waffenhandel zu den ertragreichsten Geschäften des organisierten Verbrechens. Betroffen sind hier Frauen in der Sexarbeit, aber auch Hausangestellte und all jene Frauen, die in ausbeuterischen Verhältnissen, illegal und unter Gewaltandrohung arbeiten müssen. Es braucht hier auf Landesebene eine Sensibilisierung und die Unterstützung der Beratungs- und Anlaufstellen. Schulung der Exekutiv- und Justizbediensteten und der Ausbau der Opferschutzeinrichtungen müssen klare Ziele sein.



EIN BEITRAG, EINE LEISTUNG, EINE KASSE

Die Zwei-Klassen-Medizin ist Realität – auch in Niederösterreich. Das gibt mittlerweile auch der Gesundheitsminister zu. In Niederösterreich versucht man es noch zu leugnen. Fakt ist aber:

Auch in Niederösterreich warten KassenpatientInnen noch immer länger auf einen planbaren OP-Termin oder spezielle Diagnose-Termine. Als Patient mit Zusatzversicherung hat man's leichter bzw. schneller. Und das ist illegal!

Daher wollen wir ein völlig transparentes Gesundheitssystem – das die OP-Wartlisten endlich öffentlich macht!

Und Österreich braucht nur eine Gesundheitskasse! Somit haben alle die gleiche Kasse und erhalten die gleichen Leistungen, die wie bei jeder Versicherungspolize auf Punkt und Beistrich öffentlich sind.

PSYCHOTHERAPIE UND KINDERGESUNDHEIT

Und selbstverständlich sind in dieser Gesundheitskasse alle Leistungen für Kinder kostenlos und die Psychotherapie wird endlich als Leistung im Land von Freud aufgenommen!

Seit über 20 Jahren weigern sich die Krankenkassen, Psychotherapie genauso wie ärztliche Leistungen flächendeckend und kassenfinanziert anzubieten. Da die Kassenstunden kontingiert sind, gilt bei der Psychotherapie das Motto „wer zuerst kommt, malt zuerst.“ So erhalten in Niederösterreich nur rund 5000 Personen die notwendige Therapie, obwohl eigentlich 32.000 auf der Liste stehen.

Bei Kindern und Jugendlichen ist das Missverhältnis noch krasser: 300 von 6.000 Kinder und Jugendliche erhalten Plätze für eine Psychotherapie.

Österreich ist international im hinteren Feld, wenn es um die Ausgaben für die Kindergesundheit geht. Weil diese Einsparungen hohe Ausgaben bei den Erwachsenen erzeugen und Leid verursacht, darf körperliche und seelische Gesundheit bei Kindern nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Da lassen wir nicht locker!

ALTENPFLEGE UND -BETREUUNG

Ausbau der ambulanten Betreuung (Hausbesuche durch Ärzte, FachärztInnen, div. TherapeutInnen) ist ein Gebot der Stunde. Daher sprechen wir uns für eine Vielfalt an Wohn- und Betreuungsformen aus. Dazu brauchen die Gemeinden Unterstützung.



INTEGRATION

ZUSAMMENLEBEN IN RESPEKT

Die Grünen treten für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sprachlicher, kultureller oder sozialer Herkunft ein.

Es ist die Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu gewährleisten.

Die Frühförderung von Kindern mit Migrationshintergrund kann die Zukunftsperspektiven positiv beeinflussen. Daher sind gerade im Kindergarten- und Volksschulalter interkulturelle MitarbeiterInnen ein wichtiger Unterstützungsfaktor.

Oft sind es kleine Dinge des täglichen Lebens, die als große Integrationsprobleme lanciert werden. Gerade im öffentlichen Bereich können durch Präventivmaßnahmen wie zum Beispiel besseres Informationsmanagement Lücken in der Kommunikation geschlossen werden. Hier bedarf es Servicestellen, welche Informationen für Neuankömmlinge bieten, aber auch den Dialog zwischen Behörden und Menschen mit Migrationshintergrund in einem respektvollen Rahmen intensivieren.

BARRIEREN AUF DEM ARBEITSMARKT ABSCHAFFEN

Menschen, die in Niederösterreich leben, sollen entsprechend ihrer Ausbildung Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Gut ausgebildete MigrantInnen sind ein unverzichtbares Potenzial für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich. Strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft müssen durch die Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes und durch eine Novellierung segregierender Gesetze verhindert werden. Konflikte entstehen nicht nur aufgrund ethnischer oder kultureller Unterschiede, sie haben vor allem soziale und wirtschaftliche Ursachen. In Zeiten von Rezessionen verschärft sich das Konkurrenzdenken am Arbeitsmarkt.

RECHT AUF FAMILIE

MigrantInnen bilden die erste Gruppe, die rechtlich und strukturell benachteiligt wird. In Niederösterreich leben viele gut integrierte Familien mit Migrationshintergrund, denen Familienzusammenführung verwehrt wird. Kinder sind die unmittelbar Leidtragenden dieser unmenschlichen Situation. Das Recht auf Familienleben stellt ein generelles Grundrecht für alle Menschen dar. Familienzusammenführung muss ohne Quoten und Restriktionen erfolgen.

Eine gelungene Integrationspolitik ermutigt die Menschen aufeinander zuzugehen – auf allen Ebenen des kulturellen und sozialen Lebens, dafür stehen wir Grüne!

GLEICHSTELLUNG

Die Grünen Niederösterreich treten für eine aktive Menschenrechtspolitik ein.

Wir lehnen jede Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer religiösen Überzeugung oder ihrer Behinderung entschieden ab.

Integration und Menschenrechte sind auch Fragen des Umgangs mit verschiedenen Lebensentwürfen und Lebensbedingungen im Alltag. Dazu zählen die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums, die faktische Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Geschlechter und die Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften. Die Grünen treten für eine wirksame gesetzliche Grundlage ein, mit der sich von Diskriminierung betroffene Menschen zur Wehr setzen und ihre Rechte einklagen können.



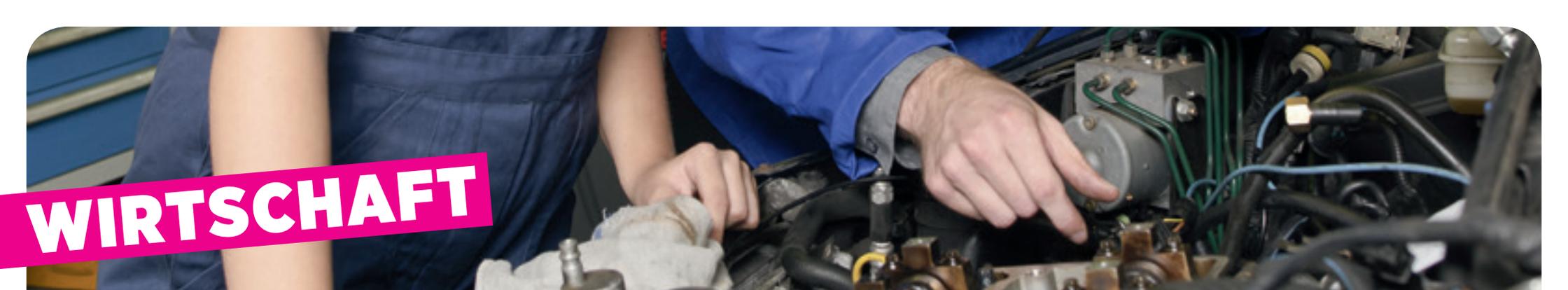
Die Grünen stehen für ein kulturelles Klima der Vielfalt. Die vielen Kulturinitiativen Niederösterreichs sollen in ausreichender und transparenter Form langfristig gefördert werden.

Auftrag der Kulturpolitik und Kunstförderung ist demnach nicht nur, das Gewohnte weiterhin traditionell zu präsentieren. Auch Neues, Ungewohntes, vielleicht noch Unverständliches muss seine Chance bekommen. Nur so werden Vielfalt, Kontrast und Widerspruch ermöglicht. Künstler und Künstlerinnen, die am Rande des Existenzminimums arbeiten, brauchen eine soziale Grundsicherung.

Der Umgang mit künstlerischer Freiheit ist ein Indikator für die Freiheit jeder und jedes Einzelnen in einer Gesellschaft.

Eine umfassende Kulturvermittlung bildet die Basis für ein kontinuierlich wachsendes Verständnis für Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges. Grüne Kulturpolitik setzt sich mit den Lebensbedingungen der Menschen auseinander.

Nicht zuletzt zeichnet sich eine demokratische Gesellschaft durch eine freie und objektive Medienberichterstattung aus.



WIRTSCHAFT

WIRTSCHAFT BRAUCHT FÖRDERUNG

Klein- und Kleinstbetriebe sind die wichtigsten Arbeitgeber in Niederösterreich. Im Sinne der Nachhaltigkeit brauchen diese Betriebe ausreichende Förderungen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz. Die Grünen fordern eine objektive und transparente Vergabe aller Fördermittel. Die öffentliche Hand als Auftraggeber muss zeitgemäße, ökologische und soziale Standards setzen und darin Vorbild sein.

Stärken des Landes wie Umwelt- und Energiewirtschaft, Gesundheit und Tourismus sollen als Motoren fungieren. Die Förderrichtlinien der Wirtschaftsförderung sind gezielt darauf auszurichten. Investitionen in sanften Tourismus in Zusammenarbeit mit der regionalen Landwirtschaft schaffen neue Arbeitsplätze und eine hohe Wertschöpfung. Der Glaube an Betriebsansiedelungen durch Straßenbau ist überholt!

WIRTSCHAFT BRAUCHT FACHKRÄFTE – DIESE BRAUCHEN AUSBILDUNG

Das System der Lehre und der dualen Ausbildung befindet sich in einer strukturellen Krise und ist für alle daran Beteiligten nicht zufriedenstellend. Das Grundproblem sind die wenigen Ausbildungsplätze. Somit bekommen auch Ausbildungsbetriebe keine Lehrlinge. Die Lehrausbildung kann den Jugendlichen keine grundlegende Bildung, kaum Fremdsprachenkenntnisse und Sozialkompetenz vermitteln.

Die Qualität der Ausbildung durch die Betriebe ist unterschiedlich und oft mangelhaft. Hier können meistens viele kleine und mittelständische Unternehmen in Niederösterreich die Verantwortung für eine qualitativ hochwertige Ausbildung nicht allein übernehmen.

WIR WOLLEN EINE REGIONALE AUSBILDUNGSPLATTFORM (RAP)

Alle Jugendlichen, die sich für eine praktische Berufsausbildung entscheiden, schreiben sich an der Regionalen Ausbildungsplattform (RAP) ein. Die Regionale Ausbildungsplattform koordiniert das Netzwerk von Betrieben der Region (gewerbliche Wirtschaft, landwirtschaftliche Betriebe, Ärzte, soziale Einrichtungen, Ämter, NGOs, Vereine ...), die ausbilden möchten. Aufgabe dieser Plattform ist es, die BerufsschülerInnen an geeignete Betriebe zu vermitteln, und diese kontrolliert laufend, ob die Qualität der Ausbildung in Ordnung ist. An der RAP ist eine Berufsausbildungsassistenz angesiedelt, die jede/n Auszubildende/n individuell durch die Ausbildung begleitet.

SCHEINSELBSTSTÄNDIGKEIT BEI EIN-PERSONEN-UNTERNEHMEN BEENDEN

Ein-Personen-Unternehmen, kurz EPU können sich nicht aussuchen, ob sie selbstständig sind, das entscheidet die GKK und zwar nach völlig unmessbaren Kriterien, wie wirtschaftliche Abhängigkeit, eigene oder fremde Betriebsmittel, Art der Bezahlung etc. Hier wollen wir eine Rechtssicherheit, schließlich ist jede GmbH nur dann sicher, wenn sie die Eigenkapitalsumme von € 35.000,- hat. Jeder EPU, der sich also freikaufen kann, ist sicher, jeder andere nicht.



WIR WOLLEN EINE REGIONALISIERUNG DER BETRIEBE

Wir müssen uns zu „Besser statt mehr“ besinnen. Dieser Gedanke geht mit der Idee von Green Jobs und Green Products einher. Es gilt hier nicht immer Wirtschaft zu betreiben, um ständig zu wachsen, sondern seine Umwelt nachhaltig und ökosozial zu gestalten. Der Gedanke des CSR (corporate social responsibility) sollte zur Verpflichtung werden. Regionalisierung von Produkten und Dienstleistungen bringt Chancen für Morgen, wenn lange Transportwege aufgrund der hohen Treibstoffpreise rarer werden.

KINDERBETREUUNGSZEIT AUCH FÜR SELBSTSTÄNDIGE

Hier bedarf es einer Erweiterung des Modells, damit auch UnternehmerInnen Kinderbetreuungszeiten nehmen können. Die Lebenswelten von Selbstständigen sind mit dem jetzigen Modell nicht kompatibel. Die Zeit für die Kinder sollte aber auch Selbstständigen ohne Existenzbedrohung und Verlust der KundInnen ermöglicht werden.



DIREKTE DEMOKRATIE

Artikel 1 der Bundesverfassung besagt: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“. Dieser Satz liegt dem repräsentativen System als Kern zu Grunde. Die direkte Demokratie bleibt als Ergänzung ein Stiefkind.

Die Weiterentwicklung von direkter Demokratie ersetzt nicht die Weiterentwicklung des Parlamentarismus. Wir fordern nach wie vor den Ausbau der Minderheiten- und Kontrollrechte. Instrumente der direkten Demokratie „heilen“ Politikverdrossenheit nicht – sie ermöglicht den BürgerInnen jedoch, auch neben Wahlen an politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Die Reform der direktdemokratischen Instrumente bedarf einer Volksabstimmung.

Das Grüne Modell der Direkten Demokratie besteht aus drei Stufen und bedient sich der Volksgesetzgebungsinstrumente, wie Volksinitiative, Volksbegehren und Volksabstimmung.

STUFE 1 – PARLAMENTARISCHE BÜRGERINNENINITIATIVE

Das bestehende System der parlamentarischen BI sowie seine Unterstützungssystematik soll genutzt werden, um eine erste

Initiative ab 30.000 Unterstützungen zu einer intensiven parlamentarischen Behandlung führen zu können. Das Parlament muss sich unter Einbindung der InitiatorInnen (Anhörungsrecht) binnen 6 Monaten in den Fachausschüssen damit befassen.

Auf dieser Ebene sollen sowohl konkrete Gesetzesentwürfe als auch politische Richtlinien eingebracht werden können. Die Unterstützungen können frei gesammelt werden oder mittels Online-Sammlung des Parlaments. Das Parlament hat auch die Möglichkeit, die Initiative zu übernehmen und Gesetz werden zu lassen. Tut es dies nicht, so haben die InitiatorInnen die Möglichkeit, zu einem Volksbegehren überzugehen.

STUFE 2 – VOLKSBEGEHREN

Nach Behandlung im Parlament können die InitiatorInnen entscheiden, ob sie ein Volksbegehren anstreben. Hierbei soll es zulässig sein, nach erfolgter Diskussion den Initiativtext nochmals abzuändern.

In dieser Stufe sind nur mehr konkrete Gesetzesentwürfe möglich. Auch hier kann das Parlament die Vorlage übernehmen – damit endet die Initiative. Eine Behandlung durch das Parlament samt Anhörungsrecht der InitiatorInnen ist auch in dieser Stufe vorgesehen.

Wird das Volksbegehren von 4 % der Wahlberechtigten der letzten NR-Wahl unterstützt, so können die InitiatorInnen verlangen, dass eine Volksabstimmung abgehalten wird.

STUFE 3 – VOLKSABSTIMMUNG

Die dafür festgelegte Hürde soll sich an Hürden der repräsentativen Demokratie orientieren; 4 % ist jene Hürde, die die wahlwerbenden Gruppen erreichen müssen, um in das Parlament einzuziehen. Beteiligungs- und Zustimmungsquoren orientieren sich an den Quoren, die auch im Parlament gelten:

BETEILIGUNGSQUORUM

- **einfache Gesetze:**
ein Drittel der Wahlberechtigten der letzten NR-Wahl
- **Verfassungsgesetze:**
die Hälfte der Wahlberechtigten der letzten NR-Wahl
- **Zustimmungsquorum:**
50 % der abgegebenen Stimmen



DIE GRÜNEN NIEDERÖSTERREICH

Daniel Gran Straße 48
3100 St. Pölten
Tel: 02742/310660
Fax: 02742/310660-11
noe@gruene.at